



Liebe Leserinnen und Leser,

nach den Verhandlungen in den Sondierungsgesprächen mit der SPD kam nun der Deutsche Bundestag zu seiner ersten Sitzungswoche im neuen Jahr 2018 zusammen. Einer der ersten Tagesordnungspunkte war die Einsetzung der 23 Ausschüsse.

Ich erachte es als völlig richtig, diesen Schritt noch vor der Regierungsbildung zu gehen. Gerade mit Blick auf die angespannte Situation beim möglichen Koalitionspartner.

Darüber hinaus ist es dringend notwendig, finanzpolitisch aktiv zu werden. Insbesondere zur vorläufigen Haushaltsführung müssen schnellstmöglich Beratungen aufgenommen werden, damit der Haushalt für 2018 beschlossen werden kann. Derzeit besteht ein Nothaushaltsrecht für Ausgaben, die zur Weiterführung wichtiger und dringender Staatsgeschäfte unerlässlich sind. Das bedeutet auch, dass viele gute Projekte zum Jahresende ausgelaufen sind, nicht verlängert werden konnten.

Herzliche Grüße

Ihr
Alois Rainer MdB

Diese Woche

Gesunde Ernährung – Für ein gutes Leben	2
Einsetzung „Amri“-Untersuchungsausschuss	4
Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs	6





Ernährung und Landwirtschaft

Gesunde Ernährung – für ein gutes Leben



Anlässlich der Eröffnung der 83. Internationalen Grünen Woche, die vom 19. bis 28. Januar in Berlin stattfindet, ist es Tradition, dass der Deutsche Bundestag über die aktuelle Entwicklung in der Ernährungs- und Landwirtschaftsbranche debattiert:

Pünktlich zum Start der „Internationalen Grüne Woche“ in Berlin, der weltgrößten Messe für Landwirtschaft, Ernährung und Gartenbau, debattierten die Abgeordneten im Deutschen Bundestag darüber, was für eine gesunde Ernährung in Deutschland wichtig ist. Klar ist: Die Grundlagen für eine gesunde Ernährung werden in der Landwirtschaft gelegt.

92 Prozent der Menschen legen Wert auf gesundes Essen. Das ist ein Ergebnis des Ernährungsreports 2018 „Deutschland, wie es isst“, den das Bundeslandwirtschaftsministerium unlängst veröffentlichte. „Ob Superfood, Paleo, Clean Eating oder Kunstfleisch – die Liste der Ernährungstrends wird jedes Jahr länger. Das zeigt auch, wie wichtig das Thema inzwischen in unserer Gesellschaft geworden ist“.

Mir ist dabei besonders wichtig, dass sich die Politik regelmäßig mit dem Thema auseinandersetzt. Ich halte nichts von Strafsteuern und staatliche Bevormundung, das ist der falsche Weg. Es geht vielmehr darum, die Informationen kontinuierlich, flächendeckend und altersgerecht anzubieten. Ziel ist, den Verbraucher durch ausreichende Transparenz in der gesamten Lebensmittelkette eine eigenverantwortliche und sachgerechte Entscheidung zu ermöglichen.

Den Weg der Aufklärung und Bildung, mit denen man schon bei den Kleinsten in den Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen beginnt, ist dabei der Richtige.



Initiative

Antisemitismus entschlossen bekämpfen



© picture alliance / dpa

„Der Kampf gegen den Antisemitismus muss Aufgabe eines jeden Deutschen sein“, erklärte Alexander Dobrindt bei der Debatte im Deutschen Bundestag. Auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde am Donnerstag ein entsprechender Antrag gegen Antisemitismus verabschiedet. Vorgesehen ist auch einen Antisemitismus-Beauftragten einzusetzen.

Brennende Israel-Fahnen vor dem Brandenburger Tor, Hass gegen Juden mitten in Berlin – das ist nicht hinnehmbar. Denn eines ist klar: „Die Anerkennung des israelischen Staates, der Schutz des jüdischen Volkes, der Kampf gegen jede Form von Antisemitismus, das alles gehört in der Tat unauflösbar zu Deutschland“, so Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU im Bundestag.

Die CDU/CSU-Fraktion hat gemeinsam mit den Fraktionen der SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen einen entsprechenden Antrag beschlossen und so ein klares Zeichen gesetzt. Dabei geht es darum, den Aufruf zum Hass gegen Teile der Bevölkerung künftig als deutlich gravierender einzustufen. Außerdem soll ein Antisemitismus-Beauftragter eingesetzt werden. Diese Person soll von einem unabhängigen Kreis beraten werden, der im Benehmen mit der Bundesregierung berufen wird und sich aus jüdischen und nichtjüdischen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft zusammensetzt.



Aufklärung

Untersuchungsausschuss zum Fall Amri eingerichtet



© picture alliance / nur Photo

Der Deutsche Bundestag hat einen Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz eingerichtet. Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, stellt klar: Sollte der Untersuchungsausschuss zu dem Ergebnis kommen, dass entsprechende Gesetzesänderungen notwendig sind, müssen diese rasch erfolgen. Das gebiete der Respekt vor den Opfern, aber auch die Pflicht für bestmögliche Sicherheit zu sorgen.

Auf Verlangen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird auch im Bundestag ein Untersuchungsausschuss im Fall Amri eingerichtet. Warum?

Es hat sich gezeigt, dass trotz der bisherigen Arbeit einiger Untersuchungsausschüsse und Sonderbeauftragten der Länder nach wie vor grundlegende Fragen ungeklärt sind. Zudem ist ein Untersuchungsausschuss auf Ebene des Bundes sicherlich besser geeignet, ein Gesamtbild zu erfassen. Unsere Sicherheitsarchitektur ist nun einmal bislang von einem komplexen Zusammenspiel zahlreicher Bundes- und Landesbehörden geprägt. Daher bedarf es eines Gremiums, das all diese Vorgänge zusammen in den Blick nimmt. Die bisherige Befassung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages wie auch des Parlamentarischen Kontrollgremiums reicht hierfür allerdings nicht aus.

Was ist bereits über den Fall Amri bekannt?

Wir wissen natürlich bereits viel über den eigentlichen Tathergang, insbesondere durch die Arbeit einiger Untersuchungsausschüsse und Sonderbeauftragter der Länder Nordrhein-Westfalens und Berlins sowie den Bericht des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Deutschen Bundestages. Wichtige Fragen sind aber nach wie vor



unbeantwortet. Diese betreffen etwa die Zusammenarbeit der zuständigen Bundes- und Landesbehörden, die Frage weiterer Mittäter, die Rolle des internationalen Informationsaustausches und die spätere Flucht des Attentäters. Und die nach wie vor offene, aber zentrale Frage ist doch: Wie konnte eine Person, die den Sicherheitsbehörden bereits so oft aufgefallen war und kein Aufenthaltsrecht hatte, dennoch diese schreckliche Tat begehen?

Wie soll der Untersuchungsausschuss arbeiten? Wann liegen Ergebnisse vor — und was geschieht mit diesen?

Ich hoffe, dass sich alle Fraktionen auf eine zügige Arbeit verständigen, um möglichst rasch die notwendigen Schlussfolgerungen vorlegen zu können. Taktische Spielchen, die vom eigentlichen Untersuchungsauftrag ablenken, verbieten sich daher. Ich erwarte, dass der Untersuchungsausschuss von dem gemeinsamen Willen getragen wird, wirkliche Verbesserungen unserer Sicherheitsarchitektur zu erzielen. Sollte der Untersuchungsausschuss nämlich zu dem Ergebnis kommen, dass hierfür auch entsprechende Gesetzesänderungen notwendig sind, müssen wir ausreichend Zeit haben, diese noch in dieser laufenden Legislaturperiode vorzunehmen. Dies gebietet bereits einerseits der Respekt für die Opfer und deren Hinterbliebenen und andererseits die Pflicht, die bestmögliche Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger vor solchen abscheulichen Terroranschlägen zu gewährleisten — so umfassend, aber auch so rasch wie möglich. Mir persönlich ist wichtig, dass wir der Frage nachgehen, ob und wie wir die Betreuung der Opfer und ihrer Angehörigen nach einem solchen schrecklichen Terroranschlag künftig besser sicherstellen.

Verkehr

Generelle Tempolimits sind nicht der richtige Weg

Zu der aktuellen Diskussion um ein Tempolimit von 80 km/h auf Landstraßen können Sie den verkehrspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulrich Lange, wie folgt zitieren: „Generelle Tempolimits auf Landstraßen sind nicht der richtige Weg. Statt auf eine pauschale Verbotspolitik zu setzen, sollte man besser für jede Situation sachgerecht entscheiden. Auf einer gut ausgebauten Landstraße ist eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 80 km/h für den Autofahrer nicht nachvollziehbar. An Knotenpunkten sollten zunächst bestehende Begrenzungen stärker kontrolliert werden. Häufige Unfallursache auf Landstraßen sind zudem Überholmanöver. Das wird sich auch durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung nicht ändern. Um Überholen sicherer zu machen, ist gerade in ländlichen Regionen der 2+1-Ausbau eine hervorragende Möglichkeit.“



Aufklärung

Familiennachzug weiter aussetzen



© picture alliance / dpa

Der Familiennachzug muss für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus ausgesetzt bleiben. Diese Woche haben wir den Gesetzentwurf zum Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten beraten. Er sieht vor, dass der Familiennachzug in einem ersten Schritt weiterhin ausgesetzt bleibt. In einem zweiten Schritt werden wir bis Juli 2018 eine Neuordnung des Familiennachzugs beschließen. Wir setzen hiermit das Sondierungsergebnis eins zu eins um. Für alle Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und Asylberechtigten bleibt – wie bislang auch – die Möglichkeit des Familiennachzugs bestehen. Personen, die individuell verfolgt werden, dürfen also ihre Familien nachholen. Alle anderen, die nicht individuell verfolgt werden, sondern einer allgemeinen abstrakten Gefahr entgehen möchten, haben dagegen ein geringeres Schutzniveau. Der Familiennachzug wird für diese Gruppe daher in Zukunft neu geregelt.

Denn für uns steht fest: Die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unseres Landes hat Grenzen. Der Familiennachzug erfolgt in Zukunft geordnet und gestaffelt und ist nur aus humanitären Gründen möglich. Die Gesamtzahl von tausend nachzugsberechtigten Personen im Monat stellt sicher, dass unsere Kommunen unter dem Familiennachzug nicht zusammenbrechen.

Impressum

Herausgeber: Alois Rainer MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77420, E-Mail: alois.rainer@bundestag.de, Fax: 030 / 227 76419
Schulstraße 1, 94353 Haibach, Telefon: 09963 / 943 9494, E-Mail: alois.rainer.wk@bundestag.de, Fax: 09963 / 943 9498